

„Willkommen im Mittelalter“

Weshalb der Wiederaufbau Afghanistans in einer Sackgasse steckt

Conrad Schetter

„Wir haben Fehler gemacht“ räumte jüngst Tom Königs, der UN-Sondergesandte für Afghanistan, in einem Interview ein. Wie man aus vergangenen Erfahrungen weiß, ist solch ein Zugeständnis von Seiten der Vereinten Nationen ein höchst alarmierendes Signal dafür, dass ein politischer Prozess in eine Sackgasse geraten ist, aus der es kaum noch einen Ausweg gibt. Daher stellen sich gegenwärtig dringender denn je die Fragen, was ist in den letzten fünf Jahren falsch gelaufen, in denen die internationale Gemeinschaft bemüht war, den Wiederaufbau in Afghanistan in Gang zu setzen.

Sicherlich sind schnell bequeme Argumente zur Hand, mit denen sich Fehlentwicklungen pauschal herunterspielen lassen: So etwa der „Kampf gegen den Terrorismus“, der Afghanistan südlich des Hindukusch in eine einzige Kampfzone verwandelt, unzählige zivile Todesopfer fordert und zunehmend von der afghanischen Bevölkerung als ein Krieg gegen das eigene Volk bewertet wird. Auch der gewaltsame „Kampf gegen den Drogenanbau“ ist zu nennen, der nicht nur einem Anrennen gegen Windmühlen gleicht, sondern Bauern wie Händler, deren einzige Einkommensquelle das Drogengeschäft ist, gegen internationale Militärs und Entwicklungshelfer aufbringt. Jedoch neben diesen offensichtlichen Kristallisationspunkten, an denen sich der Unmut vieler Afghanen über das internationale Vorgehen festmacht, ist eine weitere weit tiefer gehende Verwerfung auszumachen – nämlich eine konsequent betriebene Entwertung des afghanischen Selbstwertgefühls durch die Art und Weise des Wiederaufbaus.

Bei der Intervention in Afghanistan kreiste die Argumentation in

erster Linie darum, den Terrorismus zu bekämpfen und die damit verbundenen Organisationsstrukturen von al-Qaida und Taliban zu zerschlagen. Gleichzeitig sollte in Afghanistan nicht nur die raue militärische Seite gezeigt werden, sondern auch die zivile Butterseite. Dementsprechend sollte dem militanten Islamismus über eine Modernisierung und Demokratisierung der afghanischen Gesellschaft schnellstmöglich die Legitimation entzogen werden. Die Afghanen sollten sich eher dem westlichen Gesellschaftsmodell als dem der Taliban verbunden fühlen. Die Verbreitung und Umsetzung westlicher Normen stellt mit anderen Worten die Software des „Krieges gegen den Terrorismus“ dar. Begriffen wie Demokratie, Gender, Partizipation, Menschenrechte, Transparenz etc. avancierten damit zu den Kernelementen des Wiederaufbaus.

Überlegenheitsgefühle von Ausländern

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass viele Ausländer, die in Afghanistan tätig sind, von der Überlegenheit der westlichen

gegenüber der afghanischen Gesellschaftsorganisation ausgehen, was sich in entsprechenden Geisteshaltungen und Handlungen niederschlägt; oder wie es unter Militärs und Entwicklungshelfern in Afghanistan immer wieder heißt: „Willkommen im Mittelalter“. Diese Vorstellung bringt nicht nur eine gewisse Frustration über die schwer nachzuvollziehenden und zu durchschauenden gesellschaftlichen Strukturen zum Ausdruck, sondern spricht der afghanischen Gesellschaft *per se* einen Eigenwert ab. Und in der Tat erscheinen die Macht- und Gesellschaftsstrukturen für sämtliche Entwicklungsstrategien als anstößig: Kaum findet sich ein Land, in dem die Geschlechterbeziehungen als so ungerecht und so diskriminierend empfunden werden; überall finden sich Machtstrukturen, die nicht durch eine demokratische Grundordnung, sondern durch die Androhung von Gewalt oder Vetternwirtschaft legitimiert sind. So nimmt es kein Wunder, dass viele Entwicklungsprojekte gerade auf die Veränderungen dieser als ungerecht bewerteten Strukturen abzielen – häufig direkt und ungeschminkt; bei nahezu jeder In-

Infrastrukturmaßnahme müssen gewisse Geschlechter- und Partizipationskriterien erfüllt werden. Der Effekt ist, dass viele Afghanen ihre Identität und ihre Gesellschaftsordnung nicht respektiert sehen: Sie haben den durchaus gerechtfertigten Eindruck, dass die internationalen Akteure alles, was die facettenreiche afghanische Kultur ausmacht, als minderwertig, überholt und anstößig ansehen.

Erschütternd ist vor allem, mit welcher Unbedarftheit und Naivität der Wiederaufbau stattfindet. Denn es wird außer Acht gelassen, dass Afghanistan nicht per se ein archaisches, zurückgebliebenes Land ist, in dem den Menschen die Augen geöffnet werden müssen. Vielmehr wird ganz übersehen, dass die Geschichte Afghanistans so sehr wie in kaum einem anderen Land von dem Antagonismus zwischen Moderne und Tradition geprägt ist. Dieser Gegensatz manifestiert sich immer wieder gerade an der Geschlechterfrage und den Machtstrukturen: Die Abschaffung des Brautpreises war ein ausschlaggebender Faktor, an dem sich die Aufstände gegen die kommunistischen Herrscher 1978/9 festmachten. Die Mujahidin nahmen Kabul unter der Herrschaft der Kommunisten in den 1980er Jahren vor allem aufgrund deren emanzipatorischen Politik als Sündenbabel wahr: So war unter den Mujahidin die Vorstellung weit verbreitet, dass die Kabuler Frauen halbnackt herumlaufen würden. Dies wiederum bildete den Boden für die menschenverachtende Frauenpolitik der Taliban in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. In ähnlicher Weise war der Begriff „Demokratie“, den die Kommunisten ständig im Munde führten, hoch politisiert. Die Themen, die sich die internationale Gemeinschaft gegenwärtig auf das Banner schreiben, beherrschen daher seit Jahrzehnten die Konfliktaustragung zwischen den politischen Lagern in Afghanistan.

Rettung des Selbstwertgefühls

Vor diesem Hintergrund findet ein Wiederaufbau in Afghanistan statt, der sich der Politisierung seiner grundlegenden Termini nicht bewusst ist und somit vollkommen ignoriert, dass er eindeutig parteiisch ist. Viele Afghanen nehmen daher die gegenwärtigen Umerziehungsversuche als einen erneuten Versuch in einer ganzen Kette von Ansätzen der externen Einflussnahme wahr, denen man von den Moguln und persischen Safawiden im 16. Jahrhundert über König Amanullah in den 1920er Jahren bis hin zu den Sowjets stets getrotzt hat. Sofern Ressourcen anzupapfen sind, zeigt man sich nach außen hin kooperativ und spricht die Sprache der intervenierenden Macht, jedoch zeigt man sich resistent gegenüber einem Werte- und Gesellschaftswandel. Sobald die externe Einflussnahme schwerer wiegt als der Ressourcenfluss, schlägt das Pendel in die andere Richtung aus und werden die Schotten dicht gemacht. Dieser Punkt ist erreicht; so geht es – trotz bitterlicher Armut und Unterentwicklung – vielen Afghanen gegenwärtig um die Rettung des eigenen Selbstwertgefühls.

Diese Bewahrung der eigenen Identität wird zudem tagtäglich von dem Verhalten der ausländischen Experten herausgefordert. So hat sich eine Lebenswelt der internationalen Akteure entwickelt, die von den afghanischen Lebenswelten völlig losgekoppelt ist: Der tägliche Ablauf eines internationalen Mitarbeiters besteht darin, mit einem weißen Landrover („white car syndrome“) von einem Meeting bei einer internationalen Agentur zum nächsten zu fahren. Häufig spricht er tagelang mit keinem Afghanen – es sei denn, er sei als Fahrer, Schreibkraft oder Wächter angestellt. So wird die Schwelle zwischen „uns“ und „den anderen“ kaum überschritten und paart sich mit einem Unverständnis

der Afghanen, weshalb zur Bekämpfung der bitteren Armut in Afghanistan die ausländische Helfer mit modernsten Autos, teuren Laptops und Satellitentelefonen ausgestattet sein müssen. Ausdruck dieses Unverständnisses ist, dass afghanische Politiker und Journalisten zunehmend die Entwicklungsorganisationen *unisono* der Korruption, Ineffektivität und Selbstbereicherung bezichtigten. Zudem ging der Wiederaufbau in den letzten fünf Jahren vor allem in Kabul mit einem Import einer westlichen, von vielen Afghanen als dekadent empfundenen Kultur einher; Alkohol, Bordelle, ausgelassene Parties stehen für die „lasterhafte“ westliche Lebensform. Kein Wunder, dass Afghanen in den Ausländern per se keine glaubhaften Agenten eines Wiederaufbaus erblicken, der afghanische Werte berücksichtigt; eher verdächtigt man sie der Missionierung für eine unmoralischen Werteordnung.

Die Fratze des Besatzers

Aufgrund dieser Konstellation waren die jüngsten Ausschreitungen in Kabul Ende Mai kein einmaliger Betriebsunfall, sondern Ausdruck angestauter Ressentiments, Frustrationen und Ablehnung eines in den Augen der Afghanen fehlgeleiteten Wiederaufbaus: Ein von außen herangetragen oder anscheinend harmloser Anlass – ob der Cartoon-Streit im Februar, die Konvertierung Abdur Rahmans im März oder ein Autounfall im Mai – lassen die Situation schnell eskalieren. Dass nach dem Autounfall die amerikanischen Soldaten auf Steinwürfe mit tödlichen Schüssen in die Menge antworteten, entlarvt einmal mehr, dass sich hinter der humanen zivilgesellschaftlichen Maske des Befreiers, die rohe Fratze des Besatzers verbirgt. Diese Fratze zeigen die *Coalition forces* im Süden des Landes schon seit langem.

Die internationalen Akteure haben sich in Afghanistan ohne Zweifel

in ähnlichen Fallstricken verfangen wie die Sowjetunion in den 1980er Jahren. So bildet die Kombination von politischem Willen und zivilisatorischem Überlegenheitsgefühl die Grundlage für einen linear festgelegten Wiederaufbau, der eine ablehnende Haltung der Afghanen geradezu provoziert. Es wäre jedoch ein fatales Zeichen, sich nun aus Afghanistan völlig herauszuziehen, genauso, wie nach noch mehr Soldaten und Geld zu verlangen. Vielmehr liegt der einzige Ausweg in einer völligen Revision der Interventionspolitik: So kann ein Wiederaufbau in Afghanistan nur dann gelingen, wenn die afghanischen Normen- und Wertevorstellungen ernst genommen und

respektiert werden – auch wenn dies bedeutet, dass globale Standards der politischen Legitimation und der Entwicklungszusammenarbeit nicht eingehalten werden können. In einer Postkonflikt-Situation, wie sie gegenwärtig in Afghanistan herrscht, sollte sich das internationale Engagement daher auf eine Eindämmung der Gewalt – u. a. mit der Einstellung der Kämpfe gegen Terrorismus sowie gegen den Drogenanbau – und auf Stabilisierung beschränken. Die Regeln einer Gesellschaft können sich nur allmählich und nur vom Inneren der Gesellschaft heraus ändern. Der Wiederaufbau sollte sich auf eine Verbesserung der Infrastruktur und eine Bekämpfung der

größten Armut konzentrieren. Entwicklungszusammenarbeit kann Impulse setzen, aber keine gesellschaftliche oder politische Transformation erzwingen.

Zum Autor

Conrad Schetter ist Mitarbeiter am Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn. Er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit aktuellen Entwicklungen in Afghanistan. Unter seinen zahlreichen Publikationen sei hier genannt: Schetter, Conrad, *Kleine Geschichte Afghanistans*. München: C.H. Beck, 2004 (= Beck'sche Reihe). 157 Seiten, 9,90 Euro.

Wird Afghanistan zunehmend zur no go-area?

Nach dem Süden und Südosten verschlechtert sich die Sicherheitslage auch in der Hauptstadt und im Norden erheblich

Constanze Fröhlich

Afghanistan hat in den letzten Monaten zahlreiche heftige Anschläge erlebt und steht wieder vermehrt im Zentrum der Medienberichterstattung. Man hat den Eindruck, dass dabei nur von der prekären Sicherheitslage im Süden und Südosten des Landes gesprochen wird, einer Situation, an die sich die Weltöffentlichkeit in den so genannten „no go-areas“ schon gewöhnt hat. Nun wird aber zunehmend auch die Hauptstadt Kabul und sogar der relativ „sichere“ Norden des Landes Ziel massiver militärischer Attacken.

Die jüngsten Angriffe auf die in Kunduz und Faizabad stationierte Bundeswehr riefen nicht nur bei der Bundesregierung größte Besorgnis hervor. Auch die internationale Staatengemeinschaft ist alarmiert, ist doch die Sicherheitslage in weiten Teilen Afghanistans so schlecht wie noch nie. Warum wird Afghanistan auf dem so zuversichtlich begonnenen Weg des Wiederaufbaus derartig gestört?

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellen einen massiven Einschnitt in die globale Sicherheitspolitik dar. Der Sicherheitsbegriff wird nun von den USA intensiver als zuvor mit „islamistischem Terrorismus“ in Verbindung gebracht. Afghanistan galt plötzlich als das Zentrum des Terrorismus und beherbergte zahlreiche Ausbildungslager. Osama bin Laden, von den USA als Hauptverdächtiger der

Anschläge des 11. Septembers benannt, genoss zu diesem Zeitpunkt die Gastfreundschaft der in Afghanistan herrschenden Taliban. Diese lehnten eine Auslieferung ab, worauf die USA im Oktober 2001, nachdem sie eine weltweite „Koalition gegen den Terror“ geschmiedet hatten, Ziele in Afghanistan militärisch angriffen. Gemeinsam mit der zu den Taliban in Opposition stehenden Nordallianz